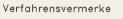


Präambel

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.08.1997 (BGBL. I, S. 2141) und der §§ 56, 97 und 98 der Niedersächsischen Bauordnung vom 15.06.1995 (Nds. GVBI, S. 158) und des § 40 Abs. 1 der Niedersächsischen Gemeindeordnung vom 28.08.1996 (Nds. GVBI, S. 382) hat der Rat der Gemeinde Algermissen diesen Bebauungsplan Nr. 5 "Müllergasse", bestehend aus der obenstehenden Planzeichnung und den textlichen Festsetzungen sowie den nachstehenden örtlichen Bauvorschriften als Satzung am 08.02.1999 beschlossen.

Algermissen, den 3 1 MAI. 1999





Aufstellungsbeschluß Der Verwaltungsausschluß der Gemeinde Algermissen hat in seiner Sitzung an 20.07.1998 die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 5 "Müllergasse" beschlossen.
Der Aufstellungsbeschluß ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 24.07.1998 ortsüblich bekanntgemacht.

Algermissen, den 3 1 MAI. 1999

Maßstab 1 : 500

Vervielfältigungsvermerk: Kartengrundlage:

Die Vervielfältigung ist nur für eigene, nichtgewerbliche Zwecke gestattet (§§ 13 Abs. 4, 19 Abs.1 Nr. 4 Nds. Vermessungs- und Kalastergesetz vom 02.07.1985 – Nds. GVBI. S. 187, geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 19.09.1989, GVBI, S. 345). Die Planunteriage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen

durch Artikel 12 des Gesetzes vom 19.09.1909, 3750, 3750, 500 killen in der dem Inhalt des Liegenschaftskafasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlags sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand 07.05.1998). Sie ih hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.

ADAM . HAASE . BETTE

ÖbVI Tel. 0511/ 3 04 27 -0, Fax -59

Theaterstr. 16 30159 Hannover

Hannover, den 23. Februar 1999



Planverfasser

Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde ausgearbeitet von der

iv Som Audtolie

Öffentliche Auslegung

Der Verwaltungsausschuß der Gemeinde Algermissen hat in seiner Sitzung am 07.12.1998 dem Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.
Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 08.12.1998 ortsüblich bekanntgemacht.
Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 18.12.1998 bis 18.01.1999 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

Algermissen, den 3 1 MAI. 1999

Satzungsbeschluß

Der Rat der Gemeinde Algermissen hat den Bebauungsplan nach Prüfung der Anregungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 08.02.1999 als Satzung (§ 10 BauGB) sowie die

Algermissen, den 3 1 MAI. 1999

Der Satzungsbeschluß der Gemeinde Algermissen ist gemäß § 10 Abs. 3 BoogB am M.05.1999 ortsüblich bekanntgemacht worden.
Mit der Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft. Algermissen, den 3 1. MAI, 1999 Gemeindedirektor

Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens-oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden. Algermissen, den 15.12.2004

Mängel der Abwägung

Innerhalb von sieben Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes sind Mängel der Abwägung nicht geltend gemacht worden. Algermissen, den

Gemeindedirektor

ion

Textliche Festsetzungen (BauNVO 1990, BauGB 1998)

Art der baulichen Nutzung

1. In den allgemeinen Wohngebieten (WA1 - WA2) werden die gem. § 4 (3) BauNVO ausnahmsweise

- sonstigen nicht störende Gewerbebetriebe
 Anlagen für Verwaltungen,
 Gartenbaubetriebe,
- Tankstellen
- 2.1m Geltungsbereich des Bebauungsplanes sind Stellplätze nur in wasserdurchlässiger Ausführung (Pflaster mit min. 30% Fugenanteil, Rasensteine, Schotterrasen o.ä.) zulässig.

Maß der baulichen Nutzung

3. Gemäß § 21a (2) BauNVO ist bei der Ermittlung der zulässigen Grundfläche gemäß § 19 (3) BauNVO das Hinzurechnen von Flächenanteilen an außerhalb des Baugrundstücks festgesetzten Gemeinschaftsgaragen i. S. d. § 9 (1) 22 BauGB zulässig.

Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

5. Auf den gemäß §9(1) 25b BauGB festgesetzten "Flächen mit Bindung für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen" sind die Gehölze entsprech- end ihrer natürlichen Ausprägung zu erhalten bzw. im Falle einer Beschädigung oder eines natürlichen Abganges zu ersetzen.

Zur Vermeidung von Gehölzverlusten durch die geplante Baumaßnahme sind die zu erhaltenden Gehölze vorbeugend nach DIN 18920 "Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetations-flächen bei Baumaßnahmen" zu schützen.

6.Auf der nach § 9(1)20 BauGB festgesetzten "Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft" ist eine Streuobstwiese anzulegen und extensiv Es sind Obsthochstämme (Apfel, Birne, Kirsche, Pflaume) vorwiegend alter heimischer und lokaler bewährter Sorten anzupflanzen und dauerhaft zu erhalten. Die Pflanzendichte soll mindestens 1 Pflanze/ 100m2 betragen. Die Durchführung der Maßnahme soll spätestens in der 1. auf den Eingriff folgenden Pflanzperiode erfolgen.

Örtliche Bauvorschrift (gemäß §56 NBauO i.V.m. §§97 und 98 NBauO)

Besondere Anforderungen an die Auswahl der Baustoffe und der Farben der von außen sichtbaren Bauteile.

1.1Für Hauptgebäude und geneigte Dächer von Garagen, Carports und Nebengebäuden sind nur Dach-deckungen mit Tonziegel oder Betondachsteinen in den Farben rot bis rotbraun zulässig.

1.2 Sonnenkollektoren und Solarzellen auf den Dachflächen sind zulässig.

2.Oberfläche der Außenwände

2.1Außenwandteile von Haupt-, Nebengebäuden und Garagen/ Carports sind aus Sicht- oder Verblend-mauerwerk in den Farben rot bis rotbraun oder aus Putz in hellen Farbtönen herzustellen. Der Bau von Holzhäusern ist zulässig.

Besondere Anforderungen an die Neigung der Dächer

3.1Dächer der Hauptgebäude sind nur als Sattel— oder Krüppelwalmdächer mit einer Dachneigung von mindestens 25° bis maximal 45° auszuführen.

Zulässig sind auch von gegenüberliegenden Außenseiten zueinander versetzt aufsteigende Pultdächer in der oben bezeichneten Dachneigung.

3.2 Für Garagen, Carports und Nebenanlagen sind nur Sattel- und Krüppelwalmdächer in Neigung des Hauptgebäudes zulässig.

3.3 Für Garagen, Carports und Nebenanlagen können Flachdächer zugelassen werden, wenn diese flächendeckend bepflanzt werden.

Pflanzenliste A (Stauden)

Tripmadam Milder Mauerpfeffer

Pflanzenliste B (Gräser)

4. Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 91 (4) NBauO handelt, wer

- entgegen der Nr. 1.1 dieser Satzung die Dachdeckungen der Hauptgebäude und geneigten Dächer von Garagen, Carports und Nebengebäuden nicht mit Tonziegel oder Betondachsteinen in den Farben rot bis rotbraun herstellt.

 entgegen der Nr. 2.1 dieser Satzung die Außenwände von Haupt— und Nebengebäuden und Garagen/ Carports nicht aus Sicht— oder Verblendmauerwerk in den Farben rot bis rotbraun oder aus Putz in hellen Farbtönen oder aus Holz herstellt.

 entgegen der Nr. 3.1 dieser Satzung die Dächer der Hauptgebäude nicht als Sattel— oder Krüppelwolmdach mit einer Dachneigung von mindestens 25° bis maximal 45° ausführt.

- pelwalmdach mit einer Dachneigung von mindestens 25' bis maximal 45' ausführt. entgegen der Nr. 3.2 dieser Satzung die Dächer von Garagen, Carports und Nebenanlagen nicht als Sattell- oder Krüppelwalmdach in Neigung des Hauptgebäudes ausbildet. entgegen der Nr. 3.3 dieser Satzung die Flachdächer von Garagen, Carports und Nebenanlagen nicht flächendeckend bepflanzt.

Planzeichenerklärung

(Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV 90)

Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs.1 Nr.1 BauGB)

Allgemeine Wohngebiete

Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs.1 Nr.1 BauGB)

Geschoßflächenzahl 0,4 Grundflächenzahl

Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß

Höhe baulicher Anlagen als Höchstmaß, hier: Traufhöhe

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 Abs.1 Nr.2 BauGB, § 22 und 23 BauNVO)

Offene Bauweise



(die überbaubare Fläche ist mit Grauraster unterlegt)

Verkehrsflächen

(§ 9 Abs.1 Nr.11 und Abs.6 BauGB)



Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung hier: Wohnweg

(§ 5 Abs.2 Nr.5 und Abs.4, § 9 Abs.1 Nr.15 und Abs.6 BauGB)

Straßenbegrenzungslinie



Öffentliche Grünfläche

Spielplatz

Gehölzbestand

Planungen, Nutzungsregelungen Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von

(§ 9 Abs.1 Nr.25 Buchstabe b) Abs.6 BauGB)

(§ 5 Abs.2 Nr.10 und Abs.4, § 9 Abs.1 Nr.20, 25 und Abs.6 BauGB)

0



Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen, sowie von Gewässern

Bäume (Erhalt)



Bäume (vorhanden)

Sonstige Planzeichen



St/Carport Stellplätze und Carport

Zuordnung der Stellplätze und Carports

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

GFL

Mit Geh- Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen zugunsten der Anlieger und der Ver- und Entsorgungsträger (§ 9 Abs.1 Nr.21 und Abs.6 BauGB)

Flächen für Müllsammelplatz

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 Abs.7 BauGB)



Planungen, Nutzungsregelungen Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs.1 Nr.20, 25 und Abs.6 BauGB)

Festsetzung der Ausgleichsmaßnahmen



Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs.1 Nr.20 und Abs.6 BauGB)

Zweckbestimmung: Streuobstwiese

Nachrichtliche Übernahme

Im Plangebiet ist mit dem Auftreten archäologischer Funde zu rechnen. Gemäß § 13 NDSchG wird dem Träger der Maßnahme deshalb zur Auflage gemacht, den Beginn der Erdarbeiten mindestens 2 Wochen vorher schriftlich anzuzeigen. Die Anzeige hat an die Bezirksregierung Hannover – Dezernat 406 (Denkmalpflege) –, Postfach 203, 30002 Hannover zu erfolgen, damit eine Beobachtung der Erdarbeiten ggf. eine unverzügliche Bergung dabei entdeckter archäologischer Funde durchgeführt werden kann.

Die Anzeigepflicht bezieht sich auf den Oberbodenabtrag in den Strassentrassen sowie den Kanalbau. In den Bereichen, in denen archäologische Bodendenkmale auffreten, hat der Oberbodenabtramit einem Hydraulikbagger mit Grabenschaufel zu erfolgen.

Die Unterlassung der Anzeige stellt eine Ordnungswidrigkeit dar und kann mit einem Bußgeld geahndet werden. Auf die einschlägigen Bestimmungen des § 35 NDSchG, insbesondere die Ab-sätze 2 und 4, wird deshalb ausdrücklich hingewiesen.

Sollten im Planungsgebiet Bodendenkmale auftreten, wird die Bezirksregierung den Träger der Maßnahme informieren, damit eine zügige Bergung auftretender archäologischer Objekte organisiert und durchgeführt werden kann.

Gemeinde Algermissen **Ortsteil Bledeln** Bebauungsplan Nr. 5 "Müllergasse"

mit örtlicher Bauvorschrift



Übersicht 1:5000 Kartengrundlage: DGK 5, Vervielfältigungserlaubnis erteilt durch das



NILEG

Für Landesentwicklung und Wohnungsbau mbH
In der NORD/LB Gruppe

Urschrift